

München

## Es hängt an Schäuble

### Ohne Ja des Finanzministers gibt es keine zweite Stammstrecke

Die Finanzierung des zweiten S-Bahn-Tunnels ist trotz der jüngsten Vereinbarung zwischen Staatsregierung und Stadt München weiter offen - und hängt letztlich von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Nur mit dessen Zustimmung kann das Gesellschafterdarlehen von 492 Millionen Euro, das Bund, Landesregierung und Stadt dem Flughafen gewährt hat, abgezogen und in den Bau der zweiten Stammstrecken gesteckt werden. Doch noch warten Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und OB Christian Ude (SPD) auf ein zustimmendes Signal. Die Zustimmung des Bundes ist nötig, da es sich beim Darlehen um Geld handelt, das der Flughafen den drei Gesellschaftern Freistaat, Stadt und Bund gemeinsam schuldet.

Die Umwidmung ist dabei komplizierter, als Ude und Seehofer sich das bei ihrem Geheimgespräch vor dem Bürgerentscheid erhofft hatten. Denn Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) kann nicht frei über die 128 Millionen Euro verfügen, die der Bund zu dem Gesellschafterdarlehen beigesteuert hatte. Werden sie beim Flughafen abgezogen, fließen sie in den allgemeinen Haushalt und damit in den Zuständigkeitsbereich von Schäuble. Ramsauer müsste also zunächst den Bundesfinanzminister überzeugen, das Geld wieder dem Verkehrsministerium zuzuschreiben, und danach noch die Haushälter im Bundestag.

Selbst wenn ihm dies gelingen sollte, müssten zwei Fragen geklärt werden: Erstens, ob der Bund den Betrag für die Finanzierung des Nahverkehrs verwenden darf. Und zweitens, ob er das Geld nach Bayern geben darf. Auch andere Bundesländer haben Bedarf an zusätzlichen Zuschüssen aus Berlin; sie werden darüber wachen, dass zwischen den CSU-Politikern Ramsauer und Seehofer nichts gemauschelt wird. Ramsauers Sprecher wollte sich am Mittwoch zur Finanzierung der zweiten Stammstrecke nicht äußern: Es handele sich um vertrauliche Details, 'deshalb kommentieren wir die Inhalte nicht'. Generell verhandele man gerade den Haushalt 2013 'mit dem Ziel, die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur gegenüber den Vorjahren deutlich anzuheben'. Daniela Kuhr

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Donnerstag, den 28. Juni 2012, Seite 51